

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

«Wir schaffen das»

2

Ein Todesstoss für die freie Schweiz

12

Subventionierte Sauf Touren

15

Winterliches Grossmünster im Zwingli-Gedenkjahr
Bild: Christof Sonderegger, Altstätten SG



Die Radikalisierung Europas zwischen «Islam-Dialog» und neuer Finanzkrise

«Wir schaffen das»

von Dr. Hans-Peter Raddatz, Orientalist, Ökonom, Investmentbanker und Publizist

hf. Der Autor dieses Beitrags dürfte vielen Lesern aus Publikationen bekannt sein. Vermeintlich völlig unterschiedliche Bereiche wie Orientalwissenschaft und Finanzwirtschaft haben ihn durch eine lange Nahost- und US-Praxis geprägt. Sein Fazit: Die ökonomische Beurteilung der weltweit verkündeten «Gemeinsamkeit der Kulturen» hat mit der Doktrin vom «Frieden des Islam» wenig zu tun.



Ich kann hier nicht nur akademisch, sondern auch persönlich mitreden, weil ich als Deutscher selbst Zuwanderer in der Schweiz war und den Unterschied zwischen der schweizerischen direkten Demokratie und der deutschen Schwund-«Demokratie» vor Ort erfahren habe. So kann ich auch als erfahrener Finanzanalyst über die geschäftliche Vernunft und

Loyalität schweizerischen Wirtschaftens fast nur Positives berichten. Demzufolge trifft meine Basiskritik an den islambedingten Problemen unserer Zeit eher die nicht gewählten «Gutsherren» der EU-Kommission und ihren willigsten Vollstrecker Deutschland.

Interkulturell verordnete Toleranz

In Deutschland war und ist die interkulturell verordnete Toleranz so stark verankert, dass es seit dem Ende der 1970er Jahre jeweils zwei Drittel der EU-Kosten und Zuwanderer-Kontingente übernommen hat und sich daher für noch anspruchsvollere Aufgaben qualifizierte. Sie kamen in einem «Volksentscheid» der ganz anderen Art seitens der deutschen Regierung zum Vorschein, die innerhalb von zwei Jahren (2015/16) auch zwei Millionen Menschen vorwiegend islamischen «Hintergrunds» ins Land pumpfte. Man nannte sie «syrische Flüchtlinge», sie kamen aber primär aus Nordafrika, das zur EU-Mittelmeerunion gehört und somit auch Vorrechte in Anspruch nahm, die zuvor in zahlreichen, weitgehend verschwiegenen Konferenzen an den Europäern vorbei entschieden worden waren. Darin wurde auch die Handschrift der

OIC (Organization of the Islamic Cooperation) sichtbar, die unter Führung der Saudi-Muslimbruderschaft deutlich zunehmenden Einfluss auf die Institutionen der EU-Staaten und sogar auf die US-Administrationen beider Couleur (Clinton, Bush, Obama) nahmen.

So brauchte man sich weder in Deutschland noch in den Nachbarstaaten über die Reibungslosigkeit zu wundern, mit der die deutschen «Führer» die Landesparlamente, Städte, Gerichte und Verwaltungen dazu brachten, den invasionsartigen Zustrom durchzuwinken, die Sicherheitskräfte an den Grenzen zu deaktivieren und den Menschenschub mit bewährter Toleranzmoral zu vermitteln.

Politfloskel mit Folgen

Kanzlerin Merkels zündende Formel «Wir schaffen das» zählt zu den meistzitierten Politfloskeln der letzten Jahre, verlor aber mit fortschreitender Ernüchterung in der «Willkommengesellschaft» an Zugkraft. Denn trotz der Unterdrückung unerwünschter Information war der Immigrant-Ansturm so stark, dass sich die Konsequenzen islamischer Religionsfreiheit für die einheimischen «Ungläubigen» auf Dauer nicht verschleiern liessen.

So kam, was ich längst angekündigt hatte («Von Allah zum Terror?» – 2002): Nämlich die gesteigerte Verwirklichung des Dihad, des Kampfes für die Islamisierung der Welt als oberster «Glaubenspflicht». Seine aggressiven Regeln sind in Koran und Tradition unveränderbar festgelegt und schüchtern die öffentliche Wahrnehmung ein. Denn der staatliche «Dialog mit dem Islam» und der endlos diktierte Respekt vor einer «Anstrengung im Glauben an Allah» hatten diesen verharmlost und



Sozialmissbrauch stoppen!

In den Kantonsrat

Bezirk Andelfingen

Paul Mayer

Unternehmer

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker

www.paulmayer.ch



Churz & Bündig

Unter gewaltigem – ausschliesslich lobendem – Mediengetöse schwänzen angeblich zehntausende Schüler den Unterricht als «Protestaktion gegen Klimawandel».

Darf man annehmen, dass all diese schwänzenden Schüler niemals ihr Handy in Dauerbetrieb halten, niemals mit ihrem PC in allen Unterhaltungsgebieten umherschauen, niemals ein Rockkonzert oder eine andere energiever-schlingende Veranstaltung besuchen? Dass sie vielmehr mit Nachdruck der Masseneinwanderung entgegentreten – im Wissen, dass jeder Einwanderer der Schweiz zusätzlichen Energieverbrauch beschert? us

bürgerliche Einwände als «Volksverhetzung» oder gar «Rassismus» verteufelt.

In diesem Zuge räumte das deutsche Bundesverfassungsgericht im «Kopftuchurteil» von 2005 den Muslimen ein, «gemäss ihren imperativen Glaubensregeln zu leben», womit man voraussetzend dem Mekka-Manifest der OIC am Ende gleichen Jahres gehorchte. Der hier aufgelegte 10-Jahresplan für die Islamisierung Europas straft jeden Lügen, «von nichts gewusst» zu haben.

Die Saat geht auf

Diese Saat geht nun in tagtäglichen Übergriffen auf, die sich primär gegen Jugendliche, Senioren und Frauen richten, wobei die in der Islamregion übliche Vergewaltigung eine prominente Rolle spielt. Diese Zermürbungsstrategie hat längst nichts mehr mit Demokratie zu tun. Die Nivellierung der Parteien hat zur Quasi-Einheitspartei geführt, deren linientreue Funktionäre Universitäten, Medien, Stiftungen und Gerichte besetzen und den oft beklagten Bildungs-, Rechts- und Finanzverfall vorantreiben. Indem sie ihre Aufgabe in der Legitimierung des Islam und damit des Dihad sehen, reaktivieren sie staatsfeindliche Ziele.

So «belohnen» führende Polit-Kommissare die bürgerlichen Einschränkungen mit Begriffen, die die Möglichkeit eines dritten Totalitarismus bestätigen. Höchste Staats-

Lachen verboten!



Schauplatz ist eine internationale Konferenz. Anwesend sind u.a. der damalige deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher und auch ein Schweizer Bundesrat. Abends an der Bar meint ein Diplomat zu Genscher: «Herr Aussenminister, darf ich Ihnen eine Testfrage stellen?» «Ja bitte!» meint dieser. Darauf der Diplomat: «Also, was ist das? Es stammt von Ihrem Vater und von Ihrer Mutter, es ist aber nicht Ihr Bruder und nicht Ihre Schwester. Was ist das?» Genscher, wie aus der Pistole geschossen, antwortet: «Das ist ja klar, das bin ich!» Reihum grosser Applaus. Auch der Schweizer Bundesrat ist tief beeindruckt.

Zurück in Bern will er auf die gleiche Art einen Kollegen testen. Dieser ist einverstanden. «Also», meint der Fragesteller: «Was isch das? Es stammt vo Dim Vatter und vo Dinere Mueter, es isch aber nid Din Brüeder und nid Dini Schwöschter. Was isch das?» – Der andere überlegt und überlegt, bekommt vor Anstrengung einen roten Kopf und einen Schweissausbruch. Nach zehn Minuten meint er resigniert: «Du, es tuet mir leid, ich find's eifach nid use.» Da meint der Fragesteller: «Muesch Di nid geniere, ich hett's auf nid usegfunde, es isch schampar schwierig, es isch nämlich de Genscher.»

Fortsetzung auf Seite 4



Die Entwaffnung der Schweiz.
Die Terroristen freut's
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

vertreter wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hatten sich profiliert, indem Ansprüche auf eine eigene Existenz als «Inzucht» gelten sollten (8.6.2016). Und seine Stellvertreterin Claudia Roth widersprach an einer Anti-AfD-Demonstration vom 15.11.2015 ultra-radikalen Beschimpfungen wie «Deutschland, du mieses Stück Scheisse» oder «Deutschland verrecke» mit keinem Wort.

Diese neo-nazistische Parallele zu «Juda verrecke» hat Tradition, indem Jahre zuvor W. Ströbele, Mitglied des Sicherheitsausschusses(!), anlässlich einer Berliner Islamisten-Demo für «Juden sind Tiere» auffiel. Mithin versteht sich, dass derart von unten kultivierte «Eliten» ihre radikale Gesinnung auf die «rechtradikale» AfD projizieren. Sie offenbaren aber zugleich die Nervosität der politmedialen Klasse, die mit ihrem «Wir schaffen das» vor erheblichen Problemen steht.

Staatsverschuldung fördert Islam-Expansion

Kein Wunder, dass die scheindemokratische Radikalität alle Bereiche erfasst und so auch die liberale Finanzwirtschaft beeinträchtigt. Zwar mag das lohnsenkende Überangebot zuwandernder Billigarbeit und die kurssteigernde Entlassung ausgebildeter «Ungläubiger» kurzfristig attraktiv erscheinen, doch bedeutet deren Entsorgung in die Sozialsysteme mit der Zusatzbelastung durch die Immigranten eine konkrete Gefahr für den Staat. Für Kritik daran ist das Moral-Klischee der «Intoleranz» viel

zu schwach, weil die Finanzierung der Aktienhaushalte mit Staatsverschuldung langfristig die EU-Gesellschaften selbst destabilisiert und den Bürgerkrieg riskiert.

So kann auch die Immigration nicht nach wirtschaftlichem Verursacherprinzip, d.h. nach Eignung erfolgen, sondern muss in ideologischer Fixierung so massenhaft aufgezwungen werden, dass weder demokratische Prüfungen möglich noch Korruption und Rechtsbruch vermeidbar sind. Ein wichtiges Symptom der sich nun verschärfenden Krise ist der auf Null gesunkene Zins, den die «Kultur»-Aktivisten begrüßen, weil er ihnen wie eine wundersame Anpassung an das islamische Zinsverbot vorkommt, aber finanztechnisch natürlich von ganz anderem Kaliber ist. Denn nach weit über hundertjähriger Geschichte der Börsenpraxis hat er seine komplementäre Funktion zum Kurs verloren, ansonsten man keine EZB-Garantien für schwache Staatsanleihen brauchte.

Während die Weltbörsen nach der letzten Baisse zwischen 2009 und 2017/18 noch einmal neue Höchststände erreichten, stossen Staatsverschuldung und Aktienstützung nun an Grenzen. Immer deutlicher erweist sich die Geldfunktion als entscheidender Faktor für die Expansion des Islam als stärkstem Profiteur – politisch, finanziell, rechtlich, kulturell. Und da Deutschland ein vergleichbar starker «Investor» in den Islam ist, bedarf es keiner prophetischen Gabe, kraft seiner historisch be-

**WIR HABEN DEN 4x4.
DU HAST DAS ABENTEUER.
RAV4 HYBRID.**



100% 4x4. 100% HYBRID.



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

TOYOTA | 0.9% MIT
FOR YOU | FREE SERVICE
LEASING | VOLLGARANTIE
ASSISTANCE



Emil Frey AG

emilfrey.ch

RAV4 Hybrid Style 4x4, 2,5 HSD, CHF 50'500.-, 145 kW, Ø Verbr. 5,6 l/100 km, CO₂ 127 g/km, En.-Eff. D. Ø CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung 30 g/km. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle 137 g/km. Die Verbrauchswerte beruhen auf einer Schätzung und sind noch nicht homologiert. Stand Januar 2019. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Alle Preisangaben inkl. MwSt. Ein Angebot der MultiLease AG. Vollgarantie, Free Service und Assistance sind gemäss den entsprechenden Toyota Richtlinien und nicht an die Leasinglaufzeit gebunden. Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse vom 1. Januar 2019 bis 28. Februar 2019 oder bis auf Widerruf.

stätigten radikalen Sonderwege eine zunehmend islamisierte Zukunft vorherzusagen. Für die Bevölkerung bedingt dies freilich, dass man nach den Bereichen Renten und Gesundheit ihre Privatkonten anzapft und mit der Reduzierung des Bargelds ihre Kontrolle perfektioniert.

Turbo-Immigration schafft Zweiklassen-Gesellschaft

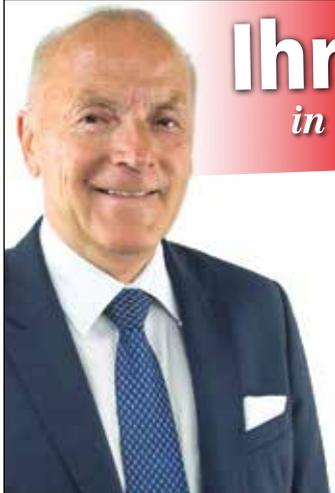
Nur so erlangt das kernige «Wir schaffen das» einen nachvollziehbaren Sinn, zumal sich im Zuge der Turbo-Immigration eine frappierende Zweiklassen-Teilung zwischen dem muslimischen Neo-Volk und den «hier länger Lebenden» (Merkel) abzeichnet. Man könnte Bände füllen mit den Diskrepanzen zwischen der üppigen Alimentierung der «Flüchtlinge» und den Belastungen der «Ungläubigen» sowie der immensen Gesundheitsversorgung gegenüber Leistungskürzungen beim «Altvolk». Nicht weniger beeindruckt das absurde Theater, das als Dauerstück die Rückführung «rechtskräftig» Abgeschobener aufführt, sowie Justiz und Verwaltung die muslimischen Straftäter in «psychisch Gestörte» und/oder «Einzeltäter» umtaufen lässt, obwohl oder weil sie mit dem Dihad im Auftrage Allahs nur ihr verbrieftes Recht der Religionsfreiheit in Anspruch nehmen – honi soit qui mal y pense!

Wenn diese groteske Mischung aus Respekt vor den islamischen Zwängen und moralisierter Willkommenspolitik fortfährt, die muslimische Besiedlung radikal zu privilegieren, wird sie die Staaten Europas in ein Imperium aufgehen lassen, das moderne und islamische Kontrollmacht verschmilzt und wenig Gutes für Juden und Christen bereithält.

Ich habe einst ein Gutachten für die Minarett-Initiative zur Vorlage beim Bundesgericht erstellt und beneide die Schweizer um ihre halbjahrtausendjährige Demokratie. Umso weniger beneide ich sie um das Riesenproblem, ihren Staat gegen die EU-Zwänge aus Politik, Islam und Geld zu schützen, ohne die Freiheit aufzugeben.

Hans-Peter Raddatz

Hans-Peter Raddatz, promovierter Orientalist und Investmentbanker, hat eine lange Bank- und Firmenerfahrung in Nahost und den USA. Zudem ist er Buchautor, speziell zum Thema Islam und Westen.



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
 Inserate-Akquise
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Bundesrats-Sprache



Nein, nein! Es werde keineswegs so schlimm wie befürchtet. Die EU lasse Schweizer Schützen auch in Zukunft an Schützenfesten teilnehmen. Unsere Diplomaten hätten ausgezeichnet verhandelt. Die Schweizer Sonderwünsche würden von Brüssel voll respektiert...

So beteuerte es die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter am Parteitag der FDP, womit sie ihre Partei flugs auf Entwaffnungskurs den Schweizer Schützen gegenüber trimmte – der EU zuliebe.

Zwei Positionsbezüge unterliess die neue Bundesrätin: Dass das vom Bundesrat der EU zuliebe gewünschte Waffengesetz Brüssel ausdrücklich das Recht einräumt, die Schweiz regelmässig – erstmals offenbar 2020 – zu kontrollieren, ob sie die EU-Waffenrichtlinie auch buchstabengetreu umsetze – über diese Gängelung verlor die Bundesrätin kein Wort. Gäbe sich die EU unzufrieden, könnte sie einseitig neue Bestimmungen erlassen – bis zum rigorosen Waffenverbot. Waffenrecht ist Schengen-Recht. Die Schweiz müsste automatisch und widerspruchslos nachziehen. Über die Entwaffnung entscheidet allein noch Brüssel.

Spalte rechts

Brüssel sieht in seiner Waffenrichtlinie eine Massnahme gegen Terroristen. Das müsste jeden Bundesrat herausfordern. Etwa mit folgenden Worten:

«Mit Verlaub, Herr Kommissionspräsident Juncker: Schweizer Schützen sind und waren nie Terroristen. Schweizer Wehrbereitschaft, gezeitigt von den Schützen, gewährleistet Sicherheit. Unterstehen Sie sich, Schweizer Schützen mit Terrorismus oder Kriegsanzettelung in Verbindung zu bringen! Wir verlangen nicht, dass andere Länder unsere Traditionen übernehmen. Aber wer Schweizer Schützen mit Terroristen in Verbindung bringt, beleidigt die Schweiz. Die Schweizer Schützen-tradition ist unantastbar, nicht verhandelbar. Sie bleibt.»

Wollte die EU die Schweiz aufgrund der hierzulande verwurzelten Schützen-tradition aus dem Schengen-System ausschliessen, so wäre dies nichts anderes als eine Bankrotterklärung der EU-Bürokratie Europa gegenüber.

Wann endlich vernehmen wir aus dem Mund eines Schweizer Bundesrates solche Worte?

Ulrich Schluer

Die Gemeinden müssen das Sagen haben

Stopp der Sozialhilfe-Lüge

svp. Es ist reine Stimmungsmache, wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich. Das Gegenteil ist wahr. Die SVP wehrt sich gegen die Sozialarbeiter-Propaganda der Skos-Präsidenten Therese Frösch und Felix Wolffers und verlangt, dass sie den Steuerzahlern, die den Sozialwahnsinn dieses Vereins berappen müssen, endlich reinen Wein einschenken. Die Sozialhilfe wurde als Überbrückungshilfe in Notlagen geschaffen. Sie ist kein bedingungsloses Grundeinkommen, als das sie neuerdings für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, missbraucht wird.

Die Skos stützt ihre Behauptungen auf eine Studie, die sie selbst in Auftrag gegebenen hat. Diese ist jedoch nicht aussagekräftig, weil sie nur einen kleinen Teil des Leistungskataloges berücksichtigt, nämlich den «Grundbedarf», den die Sozialhilfebezügler erhalten. Wer wissen will, wie hoch die Bezüge wirklich sind, fragt am besten bei den Gemeinden nach. Denn die meisten von ihnen müssen die Skos-Richtlinien umsetzen und kennen die Realität.

Die Wahrheit über die Skos-Richtlinien

Ein Ein-Personen-Haushalt erhält einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt bekommt 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei. Viele kaufen sich damit Zigaretten, Unterhaltungselektronik, oder sie halten sich ein günstiges Auto samt Parkplatz. Denn der Grundbedarf ist bei weitem nicht alles, was Sozialhilfebezügler bekommen. Die folgende Tabelle zeigt, dass eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten «situationsbedingten Leistungen»

(s. unten) auf monatlich über 5'000 Franken kommt. Dies notabene steuerfrei.

Angesichts dieser steuerfreien Nettoleistungen der Sozialhilfe müsste ein Familienvater deutlich mehr verdienen, wenn er einer bezahlten Arbeit nachgeht. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Dass jemandem ohne Bildung und Arbeitserfahrung monatlich 6'000 Franken oder mehr verdient ist jedoch völlig unrealistisch.

Fazit: Deshalb braucht es nicht mehr Geld in der Sozialhilfe, sondern mehr Anreize zum Arbeiten und mehr Gemeindeautonomie, um dem Einzelfall gerecht zu werden. Die Gemeinden brauchen Spielraum, um die Fleissigen und Motivierten zu belohnen und um der speziellen Situation der über 50-Jährigen, die keine Stelle mehr finden, gerecht zu werden. Für Arbeits- und Integrationsunwillige sowie für unter 25-Jährige müssen tiefere Ansätze möglich sein – und in gewissen Fällen muss die gänzliche Streichung der «Sozialrente» möglich sein. Öffentliche Sozialhilfe muss mit einer Arbeitspflicht verbunden sein.

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen ohne Kind	2 Personen + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder	2 Personen + 3 Kinder	2 Personen + 4 Kinder
Grundbedarf	986 Fr.	1509 Fr.	1509 Fr.	1834 Fr.	2110 Fr.	2386 Fr.	2662 Fr.
Miete ink. Nebenkosten ¹	1100 Fr.	1300 Fr.	1300 Fr.	1500 Fr.	1600 Fr.	1700 Fr.	1780 Fr.
KVG Erwachsene	394 Fr.	394 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	788 Fr.	788 Fr.
AHV/IV	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.
KVG 1 Kind	-	85 Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 2 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 3 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 4 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.
situationsbedingte Leistungen ²	100 Fr.	200 Fr.	100 Fr.	100 Fr.	300 Fr.	300 Fr.	400 Fr.
Monatliche Bezüge	2625 Fr.	3533 Fr.	3740 Fr.	4350 Fr.	5011 Fr.	5524 Fr.	6015 Fr.

¹Maximalbetrag, ²Durchschnittswert

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen» müssen die Gemeinden folgende Leistungen zu 100 Prozent übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Krippenkosten, Baby-Artikel, Möbel, Musikstunden und Musikinstrumente, Schulutensilien, Versicherungen, Anwaltskosten, Gebühren für amtliche Papiere, öV-Abos, Brillen, Umzugskosten, Einrichtungsgegenstände, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Franchisen der Schadenversicherung, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für die Wahrnehmung des Besuchsrechts und dergleichen mehr.

Plätze 10 bis 6 der Schweizer Falschnachrichten 2018

Best of Fake News 2018

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

2018 war wieder ein Fake News-Jahr. Anbei die grössten Manipulationen und Verdrehungen gemäss meiner persönlichen Beurteilung. Heute «verleihe» ich die Plätze 10 bis 6.



Platz 10: «Kaum negative Auswirkungen der Zuwanderung»
«Es lassen sich nach wie vor kaum negative Auswirkungen der Zuwanderung auf das Schweizer Lohn- und Beschäftigungsniveau der ansässigen Bevölkerung nachweisen.» (Bericht des Bundesrates vom 10.1.2018)

«Schweizerzeit»-Leser wissen: Mehrere Untersuchungen gehen davon aus, dass die Löhne in den letzten Jahren ohne Personenfreizügigkeit stärker zugenommen hätten.

Platz 9: Selbstbestimmungs-Initiative und Vertragsbrecher
«Diese Initiative verlangt, dass sich unser Land in Zukunft über Verträge hinwegsetzt.» (Rede von Bundesrätin Sommaruga zur Selbstbestimmungsinitiative im Schweizer Fernsehen, SRF 1, 19.11.2018)

«Schweizerzeit»-Leser wissen: Diese Ausführungen sind falsch und aus dem Initiativtext nicht ableitbar. Keinesfalls wäre nach einer Annahme der Initiative die Schweiz zu einer Rechtsbrecherin geworden.

Platz 8: «Sommaruga will tausende Eritreer zurückschicken»
«Wende in der Asylpolitik – Sommaruga will tausende Eritreer zurückschicken» (SRF am 05.04.2018)

«Schweizerzeit»-Leser wissen: In den ersten 11 Monaten 2018 wurden 18 Prozent der Asylgesuche von Eritreern gestellt. Die Schutzquote betrug 76,5% (Asylgewährung oder vorläufig aufgenommen).

Platz 7: Das niedliche Schiedsgericht

«Die EU ist bereit, die Rolle des Europäischen Gerichtshofs in der bilateralen Streitschlichtung eng zu begrenzen. Entscheiden wird das Schiedsgericht, das ist jetzt eine gemeinsame Position.» (Der Schweizer Europa-Staatssekretär Roberto Balzaretti am 23.4.2018)

«Schweizerzeit»-Leser wissen: In allen binnenmarkt-relevanten (also wichtigen) Fällen würde der EuGH entscheiden.

Platz 6: Selbstbestimmungsinitiative und Menschenrechte
«Die Schweiz würde sich von den Menschenrechten verabschieden? Das würde weltweit für Entrüstung sorgen.»

«Schweizerzeit»-Leser wissen: Die Menschenrechte sind in der Schweizer Bundesverfassung als Grundrechte verbriefte und als solche völlig unbestritten. Nur wenn ein Volksentscheid einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte widerspricht, wäre der demokratische Entscheid dem Entscheid der fremden Richter vorgegangen.

Hermann Lei

Churz & Bündig

«Die demokratische Staatsauffassung wäre nichts als Schall und Rauch, wenn sie nicht (...) freiwillige Disziplin und bewusste Verantwortung des Einzelnen gegenüber dem Staat bedeutete.»

Giuseppe Motta, 1871–1940 (Bundesrat von 1911–1940)

SCHUMACHER IMMOBILIEN⁺
 mehrwert machen

„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher
 4542 Luterbach
 032 682 03 88
 www.schumacher-immobilien.ch

Wyssmann und Partner

lic. iur. Rémy Wyssmann,
 Rechtsanwalt und Notar
 Fachanwalt SAV Haftpflicht-
 und Versicherungsrecht

Kantonsrat SVP
 Schachenstrasse 34b, Postfach
 4702 Oensingen
 adv@sozietat.ch
 www.sozietat.ch
 Tel. +41 62 388 04 89
 Fax +41 62 388 04 80

In den Nationalrat

Leserbriefe

Am Ziel vorbei

In der «Schweizerzeit» vom 21.12.2018 nimmt der unentwegte Leserbriefschreiber Roger E. Schärer, Oberst aD, den gehaltvollen Artikel über den gegenwärtig doch eher pitoyablen Zustand der Schweizer Armee polemisch aufs Korn. Dessen Autor, Major aD Willy Stelzer, listet darin die heutigen Mängel unserer Milizarmee auf, die diesen Namen immer weniger verdient. Schärer wirft Stelzer vor, die wahren Bedrohungen zu verkennen. Diese lägen vielmehr im zivilen Bereich – wie AHV, steigende Krankenkassenprämien, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Umweltschutz etc. Was mir als einfachem Gotthard-Mitrailleur gründlich am Ziel vorbeigeschossen erscheint. Ohne mich in den Schlagabtausch zweier verdienstvoller Offiziere einmischen zu wollen, möchte ich Stelzer zugutehalten, dass es ihm um die Mängel in der Landesverteidigung geht, wie dies die Stichworte «Reduktion der Armee auf nur noch 100'000 Mann» und «viel zu viele Generale» zeigen. In seinem verdienstvollen Beitrag geht es ausschliesslich um den militärischen und nicht um den zivilen Bereich. Die Polemik Schärers ist also fehl am Platz. Nichts für ungut; aber man wird einem gestandenen Obristen einen gelegentlichen Fehlsch(l)uss verzeihen mögen.

Hans Scharpf, Oblt aD, Zürich

Zum Davonlaufen ...

Es war mir in meinem Leben als politischer Zaungast noch nie so «mies» wie jetzt, da ich machtlos zuschauen muss, wie die Vertreter «meiner» FDP, die weiland unsere Volksrechte kompromisslos durchgeboxt haben, diese heute nicht schnell und radikal genug zu entsorgen gewillt sind. Dazu kommt eine Simonetta Sommaruga, gegen die ich seinerzeit in meiner Funktion als Präsident der SWICO (Wirtschaftsverband der Informations- und Kommunikationstechnik) vehement um das Recycling-Konzept für Elektronik-Schrott mit vorgezogener Entsorgungsgebühr (heute weltweit als mustergültig anerkannt) gestritten habe. Sie hat sich damals nicht geschämt, mir ins Gesicht zu schleudern,

dass ihr der Zustand unserer Umwelt scheissegal sei. Ihr gehe es ausschliesslich um die materiellen Vorteile «ihrer» Konsumenten. Dass sie kürzlich in Bern zur neuen Umweltministerin gekürt wurde, ist wahrlich zum Davonlaufen.

Jürg Lindecker, Greifensee

Das Bauernopfer

Für Ihr «Brisant» zum Thema «Bauernopfer» danke ich Ihnen. Leider geht die derzeitige «Political Correctness» bzw. der heutige politische Mainstream oft weit über «Bauernopfer» hinaus. Wie mit dem Beamten in Boswil verfahren wurde, ist typisch. Wer heute etwas gegen die Migration sagt, wird mundtot gemacht und verfemt. Im Uno-Migrationspakt steht, dass sich strafbar macht, wer sich zum Thema «Migration» kritisch äussert. Solches gibt es sonst nur in totalitären Regimen – ebenso die Tatsache, dass Bürger eines Landes entwaffnet werden. So bleibt den Bürgern nur noch, mit einer gelben Weste auf die Strasse zu gehen. Letztlich geht es um Unterwerfung und um die Abgabe der Eigenverantwortung an fremde Instanzen. Schweiz – quo vadis?

Rudolf Weber, Brittnau

«Feindliche Übernahme»

Mit grossem Interesse habe ich Thilo Sarrazins Buch «Feindliche Übernahme» gelesen. Trotz Verharmlosung durch Politik und Medien komme ich zum Schluss, dass der Islam eine Ideologie mit totalitären Zügen ist, die sich als Religion verkauft. Kritik wird mit dem Hinweis auf religiöse Gefühle verhindert, und Anhänger speist man mit Versprechen ab, die erst im Paradies fällig werden. Wer diese Ideologie, die auch keine Menschenrechte kennt, ablehnt, wird als islamophob bezeichnet.

Elmar Hasler, Glattbrugg

Teuflicher Pakt

Der Uno-Migrationspakt ist ein teuflischer Zauberelehrlings-Pakt. Gerade weil er als «soft law» verpackt ist, würde bei jeglicher Abweichung sofort die Moralkeule geschwungen.

Marcus Stoerckle jun., Basel



Alexander Haring
079 / 822 93 75



Christoph Ziegler
076 / 389 02 15



www.safe4u.ch

Wir beraten Sie gerne:
alexander.haring@safe4u.ch
christoph.ziegler@safe4u.ch

Die Revolution im Einbruchschutz



Einfach. Rundum. Sicher.

Nicola Forster, lic. iur., Master of Laws ...



... ist ein Schweizer Jungpolitiker und EU-Turbo mit besonderer Schubkraft. Schwärmerisch die NZZ: «Nicola Forster – der Unerschrockene» überschüttet den jugendlichen Mitbegründer der Politikbewegung «Think Tank Foraus» mit mehr Lob, als dies der Durchschnittsseele gut tut. Lob aber ist ein rasch welkendes Gemüse, und so geben wir korrigierendes Gegensteuer.

Forster tritt auf als lautstärkster Rufer im Chor jener, die sofortigen EU-Beitritt beschwören. Aufgrund seiner politischen Agitation könnte man ihn auch charakterisieren als jemand, der allen, die gegen den EU-Beitritt votieren, (s)ein «Menetekel» an die Hauswand pinselt. Unter gelegentlicher Negierung politischer Usanzen zeichnet er dem EU-Gegner in populistisch eingefärbten Politauftritten ein Szenario, das zur politischen Realität im Lande wenig Bezug hat. Ein Angstmacher eben.

Der Aktivist, der sich laut «Handelszeitung» mit Elan für die Osterweiterung der Personenfreizügigkeit engagiert hat, erscheint nun aber selbst der SP-Linken als zu stürmisch.

Sie wandte sich bezüglich Migrationspakt gegen seine Politik, was bei ihm und «jungen EU-Turbos» zu herber Enttäuschung führte. Besonders bedenklich aber: Seine Kreise wollen dem Volk weismachen, die Migrationsbewegung sei quasi als Völkerwanderung zu verstehen, die uns wirtschaftliche Vorteile bringe.

Perversion des Denkens! Wie soll das funktionieren: Ausgerechnet die illegalen Einwanderer, welche – in beklagenswerter Not und Armut und oft ohne (Aus)bildung – die Missstände in ihren Heimatländern meiden, sollen hier plötzlich durch blosse Existenz zu Wohlstandsgaranten mutieren? Wollen wir denn als Gastgeber auftreten, oder lädt man uns diese Bürde via Migrations-Pakt ungefragt auf die Schultern?

Ungeklärt auch das Faktum, dass viele pensionierte Schweizer ohne staatliche Ergänzungsleistungen nicht über die Runden kommen, während sich angeblich arme Asylanten via sündhaftem Handy zu den Ämtern navigieren lassen, um dort, nötigenfalls mit Anwaltshilfe, ihre Forderungen – als ihnen zustehendes Recht – rigoros einzubringen?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Ihr Partner bei

FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen

FIDURA

FIDURA TREUHAND AG
Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

Das Restaurant Kleefeld, der beliebte Treff in Bern-Bümpliz, startete am 8. Januar 2019 mit einem neuen Team unter der Leitung von Nationalrat Erich Hess ins neue Jahr.

Geme verwöhnen wir Sie mit einer gut bürgerlichen Küche und zahlreichen köstlichen Schweizer Spezialitäten!

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, gemütliches Bistro / Tea-Room, Fumoir, Sommer-Terrasse, lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilbar in 3 Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, etc.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Nationalrat Erich Hess und das Team des Restaurants Kleefeld**

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag



Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch
www.rest-kleefeld.ch

Kriminell – und zugleich Sozialhilfebezügler

Die Wahrheit über die Araber-Clans

von Dr. h.c. Michael Grandt, Publizist, Dozent und Fachberater für Wirtschaft, Finanzen und Zeitgeschichte

Arabische Clans herrschen vor allem in Berlin und im Ruhrgebiet. Sie regieren nach islamischem Recht, betätigen sich kriminell, verdienen Millionen und kassieren auch noch Sozialhilfe. Die deutschen Behörden sind meist hilflos.

Das links-rote Berlin ist die Hauptstadt der Araber-clans schlechthin, was bei der dort vorherrschenden, angeblich «liberalen» Politik nicht verwundert. Aktuell leben mehr als 80'000 Menschen mit arabischen Wurzeln in Berlin, und die Clans sind bereits bis zu 4'000 Mitglieder stark. Laut dem Landeskriminalamt (LKA) ist keine ethnische Gruppe in Berlin prozentual krimineller als Leute mit arabischem Ursprung. Für die Polizeistatistik sind es aber «deutsche» Täter, da die meisten von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Im LKA Berlin gibt es mittlerweile eine eigene Ermittlergruppe, die herausfinden soll, «wer eigentlich wer» ist in den Clans, und ob die angeblichen Libanesen in Wirklichkeit nicht doch Türken sind.

Probleme wurden ignoriert

Bereits vor zehn Jahren listete ein brisanter LKA-Bericht mit dem Titel «Importierte Kriminalität» die Zustände in der Hauptstadt auf. Danach sind vor allem libanesisch-kurdische Grossfamilien verantwortlich für hunderte von Straftaten. An der türkisch-syrischen Grenze gibt es dreissig bis vierzig Dörfer, in denen auch heute noch arabisch gesprochen wird. Dies ist das Stammland der Clans.

Aber die links-rote Regierung in Berlin hat nicht viel getan. Es gibt weiterhin eine rege Zuwanderung aus dieser Region. In Berlin-Neukölln ist es besonders schlimm. Dort stösst der Rechtsstaat an seine Grenzen. Deutsche Regeln und Gesetze werden nur bedingt akzeptiert. In weiten Teilen der «Schand-Hauptstadt»

leben arabisch-türkisch-kurdische Familien, die wie kleine Armeen auftreten.

Clan-Chef als Sozialhilfeempfänger

Ahmad M. ist Mitglied einer arabisch-libanesischen Grossfamilie. Er ist eine grosse Nummer im Milieu, und genauso martialisch ist auch sein Auftreten: Designer-Sonnenbrille, Designer-Kleider, schwarze Limousine, aufrechter Gang. Inoffiziell geht er «diversen» Geschäften nach, offiziell hat er aber nur eine Einnahmequelle: Er lebt vom Sozialamt. Ahmad M. hat offiziell kein Eigentum, deshalb kann er auch ganz legal Sozialgelder beziehen. Doch bei Hausdurchsuchungen im Milieu werden immer wieder hohe Geldbeträge bei arabischen «Sozialhilfeempfängern» gefunden. Ausrede: «Wir bewahren das für andere auf, das Geld gehört uns nicht selbst.»

Clan-Chef Mahmoud A., dessen Wort Gesetz ist, hat eigenem Bekunden nach vor niemandem Angst. Er zockte in der Vergangenheit monatlich 2'000 Euro Sozialhilfe ab. Als das Amt mitbekam, dass er durch andere «Geschäfte» seinen Lebensunterhalt verdienen konnte, stellte es die Zahlungen ein. Da beantragte Mahmoud A. über seine Anwälte eine einstweilige Anordnung gegen die Entscheidung des Sozialamtes und gewann das Verwaltungsstreitverfahren.

Araber-Hotspot: Ruhrgebiet

Auch im Ruhrgebiet, dem zweiten «Hotspot» der arabischen Familienclans, gibt es bereits ganze Stadtviertel mit ausländischen Mitbürgern libanesisch-palästinensisch-türkisch-kurdischer Herkunft. Die Grossfamilien teilen zum Teil ganze Strassenzüge unter sich auf. Bei Polizeikontrollen kommen gleich Dutzende «Unterstützer» und bauen sich martialisch neben den Beamten auf. Die meisten von ihnen sind «geduldet» und gehen keiner Arbeit nach. Der Trick: Als «Staatenlose» können sie nicht mehr abgeschoben werden.



Arabische Familienclans verdienen auch mit Geldspielau-

tomaten und Wetten viel Geld. Dazu kommen Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Prostitution. In der Halb- und Schattenwelt sind «Gesicht wahren» und «Ehre» wichtiger als deutsche Gesetze. Für viele Mitglieder gelten keine Strassenregeln. Polizeiliche Massnahmen werden nicht geduldet, die Familienmitglieder bestimmen, was bei ihnen gilt. Arabische Clans sind Meister darin, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Drohen, beleidigen, einschüchtern: Das Ganze hat Methode, man «arbeitet» mit dem Klima der Angst. Die Starken setzen sich durch. Schiessereien im öffentlichen Raum häufen sich.

Paralleljustiz in der Parallelgesellschaft

Ahmad M. ist auch als «Friedensrichter» aktiv. Kommen Menschen mit Sorgen und Nöten, spielt Ahmad, der Sozialhilfeempfänger, den Problemlöser oder auch den Schuldeneintreiber. Letzteres ist sehr lukrativ. Wie das gemacht wird, sagt er nicht, lediglich, dass Schuldeneintreiben seine «Stärke» sei. Dreissig bis vierzig Prozent der Summe wandern in seine Tasche, das werde vorher so vereinbart.

Der deutsche Rechtsstaat hat für viele Familien keine Bedeutung. Die meisten von ihnen sind zwar in Deutschland aufgewachsen, Werte und Moralvorstellungen stammen jedoch aus dem Orient. «Homos» werden beispielsweise «kaputtgeschlagen» und sofort in ihr Land zurückgeschickt. Streitigkeiten in der Familie oder in ihrer Umgebung werden intern geregelt, ohne dass die Polizei eingeschaltet wird. Paralleljustiz in der Parallelgesellschaft also – ausserhalb demokratischer Normen und Werte.

Legale Sicherheitsdienste

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt, der aufhören lässt: Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin, Bodo Pfalzgraf, äussert sich dahingehend, dass «die Clans ausserdem Geld damit verdienen, dass sie ganz legal den Sicherheitsdienst für Flüchtlingsunterkünfte stellen.»

Arabische Clans, die Sicherheits- und Wachschutzunternehmen gründen? So neu ist das alles nicht: Bereits

2008 berichtete der Chef des Berliner Landeskriminalamts darüber, doch keinen hat das bisher interessiert. Private Sicherheitsunternehmen übernehmen immer bedeutsamere Aufgaben für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland – insbesondere bei der Bundeswehr, bei Polizeibehörden, im Bereich der Luftsicherheit, der kerntechnischen Anlagen und der Asylantenunterbringung. Dies hat zu einer enormen Zunahme der Mitarbeiterzahl bei Sicherheitsunternehmen geführt. Mit über 250'000 gibt es heute fast so viele Sicherheitsleute wie Polizisten. Die innere Sicherheit liegt damit personell nur noch zur Hälfte in der Hand des Staates.

Michael Grandt

Wir danken dem KOPP-Verlag für die freundliche Genehmigung des Abdrucks (hier leicht gekürzt) aus «KOPP exklusiv» 39/18.

«Es sagte...» Wettbewerb (Lösung)

<<DENK ICH AN DEUTSCHLAND IN DER NACHT, SO BIN ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT>>.

Die Lösung lautet:

C Heinrich Heine, deutscher Dichter, 1797–1856

Der ausgeloste Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Churz & Bündig

Wenn Exekutivpolitiker fordern, was sie längst hätten tun können, wird es absurd.

Michael Paulwitz, Redaktor «Junge Freiheit»,
Berlin, 11.1.2019

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter



Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch



Lieber gemeinsam als einsam?

Ich vermittele seriöse Singles aus allen Alters- und Berufskategorien in der ganzen Schweiz aus meinem aktuellen, grossen Mitgliederpool bis zum Erfolg!

Ich freue mich, Sie und Ihre Partnerwünsche bei einem persönlichen, unverbindlichen und kostenlosen Beratungsgespräch kennenzulernen und auch Sie zu verlieben!

Ursula Carissimi, Tel. 079 633 32 20
Viele Kundenprofile und mehr Infos finden Sie auf www.partnerlife.ch

Die persönliche Partneragentur für Ihren Lebenspartner mit Niveau

Rahmenvertrag Schweiz-EU

Todesstoss für die freie Schweiz

von alt Bundesrat Christoph Blocher

hf. An der kürzlichen 31. Albisgüetlitagung der Zürcher SVP hat alt Bundesrat Christoph Blocher in einer flammenden Ansprache vor dem nun vorliegenden Rahmenvertrag Schweiz-EU gewarnt, der neuerdings als «InstA» (Institutionelles Abkommen) bezeichnet wird. Er zeigte die gravierenden Konsequenzen dieses Unterwerfungsvertrages für unser Land und für den einzelnen Bürger konkret auf. Der Vertrag sei ein Todesstoss für die freie Schweiz. Derweil suhle sich der Bundesrat in Zufriedenheit, und der Grossteil der Classe politique hocke wie das Kaninchen vor der Schlange – vor der EU-Kommission.



Meine Damen und Herren, mit diesem Rahmenvertrag hat die Schweiz die Gesetze zu übernehmen, welche die EU macht. Volk und Parlament werden als Gesetzgeber entmachtet. Es ist ein klassischer Unterwerfungsvertrag – ein Kolonialvertrag!

Die Schweiz muss den EU-Gerichtshof, also fremde Richter, anerkennen. Der EU-Gerichtshof hat zwei Aufträge. Erstens: Er ist höchstes Organ der Rechtsprechung in der EU, d.h. er entscheidet, was Recht ist. Zweitens: Er hat die Aufgabe, den Vorrang von EU-Recht über alles nationale Recht in Europa ver-

bindlich durchzusetzen. Seine Richter können gar nicht anders, als die Interessen der EU zu vertreten.

Bilateraler Weg beendet

Mit dem InstA wird der bilaterale Weg beendet. Bei einem bilateralen, d.h. zweiseitigen Vertrag stehen sich zwei gleichberechtigte Parteien gegenüber – auf Augenhöhe. Mit dem InstA verpflichtet sich die Schweiz jedoch, die von der EU erlassenen Gesetze zu übernehmen. Wir haben zu gehorchen. Von «bilateral» kann keine Rede mehr sein. Nur ein Trottel kann das Gegenteil behaupten. Wenn sich die Schweiz widersetzt, hat die EU das Recht, Sanktionen auszusprechen; sie nennt dies «Ausgleichsmassnahmen». Die Schweizer sind nicht mehr frei, selber zu bestimmen.

Die Schweiz hat nicht nur die bisherigen lästigen Guillotineklauseln zu ertragen, die uns keine Änderungen eines Vertrages erlauben, ohne dass alle anderen Verträge dahinfallen. Sie hat auch noch eine zusätzliche Guillotineklausel für das InstA selber und zusätzlich obendrauf noch neue Guillotineklauseln für alle neuen Verträge mit der EU zu akzeptieren. Damit soll die Schweiz definitiv mehrfach an die EU gekettet und gefesselt werden.

Das ganze InstA gilt für binnenmarktrelevante Verträge. Explizit fallen fünf bestehende Marktzugangsabkommen darunter (Personenfreizügigkeit, Land-

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

verkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse und Landwirtschaft). Was die EU an neuen Gesetzen in diesen Bereichen erlässt, muss die Schweiz übernehmen. Weitere Abkommen sollen ebenfalls darunter fallen, so das zentrale Freihandelsabkommen von 1972. Verhandlungen darüber wurden bereits in einer Absichtserklärung vereinbart. Was binnenmarktrelevant ist, entscheidet die EU.

Horrende Beiträge für Sozialkosten

Die Schweiz würde die Lohnschutzmassnahmen nicht mehr selber bestimmen – die EU bestimmt (das haben die Gewerkschaften bei den flankierenden Massnahmen erst jetzt gemerkt). Damit ist das Schweizer Lohnniveau nicht mehr zu halten. Es wird weiter sinken. Die Masseneinwanderung nimmt zu. Das Schweizervolk hat zwar beschlossen, dass es die Personenfreizügigkeit nicht mehr will, aber die EU will mehr, nicht weniger Personenfreizügigkeit. Die Konsequenz: Noch mehr Ausländer, Bevölkerungsdichte, Bodenmangel, überfüllte Strassen, verstopfte Züge und dergleichen.

Zudem muss die Schweiz horrende Beiträge für Sozialkosten, wie sie in der Unionsbürgerrechtsrichtlinie vorgesehen sind, bezahlen. Die Schweiz muss auf Geheiss der EU allen EU-Bürgern im Land das Stimm- und Wahlrecht geben. Für das Gemeindestimmrecht ist dies bereits vorgesehen («Ich habe die Rumänen ja gerne, aber ich weiss nicht, ob Sie unbedingt einen rumänischen Gemeindepräsidenten wollen.»). Ebenso wird die Ausschaffung krimineller Ausländer in EU-Staaten durch das InstA unterbunden. Das heisst: Noch mehr Kriminalität in der Schweiz.

Die Gleichstellung in allen Belangen für die Schweizer und EU-Ausländer in der Schweiz ist das Ziel der EU – und das wird mit dem InstA unvermeidlich. Damit werden die Schweizer auch in rein schweizerischen Belangen immer weniger zu sagen haben.

Abschaffung der Kantonalbanken

Die Abschaffung der heutigen Form der Kantonalbanken und Gebäudeversicherungen auf Geheiss der EU ist gewiss, denn in der EU gelten diese als verbotene Formen der Wirtschaftsförderung. Hinzu kommt ein Verbot der heutigen Kraftwerksregelungen.

Die Gleichstellung aller Grenzgänger mit den Schweizern, insbesondere für die Sozialleistungen, bringt Mehrkosten von mehreren hundert Millionen Franken. Die Normenvereinheitlichung ohne Mitentscheidung der Schweiz und landwirtschaftliche Import- und Exportregelungen ohne Mitentscheidung der Schweiz sind weitere Folgen.

Gefährdetes Freihandelsabkommen, 15 Prozent Mehrwertsteuer

Weil über den Einbezug des Freihandelsabkommens aus dem Jahre 1972 – das ist der wichtigste Vertrag

für den freien Zugang zum EU-Markt – neue Verhandlungen beabsichtigt sind, ist absehbar, dass dieses Abkommen ebenfalls bald unter den Geltungsbereich des Rahmenabkommens fällt. Dann wird die Büchse der Pandora geöffnet. Zum Beispiel ist dann eine Harmonisierung der Steuern eine sichere Folge.

Die EU bestimmt letztlich, was binnenmarktrelevant ist. Wer kann verhindern, dass die 7,7 Prozent Mehrwertsteuer in der Schweiz nicht als Wettbewerbsverzerrung gelten, so dass diese wie für Mitglieder des EU-Binnenmarkts zwingend mindestens 15 Prozent betragen müssen?

Die Schweiz hat durch Unterzeichnung des InstA regelmässige Kohäsionszahlungen zu leisten. Der Bundesrat hat bereits die zweite Tranche von 1,3 Milliarden für die nächsten zehn Jahre beschlossen.

Die Farce mit dem Schiedsgericht

Man will uns die fremde Gerichtsbarkeit schmackhaft machen und verweist auf ein Schiedsgericht. Dieses Schiedsgericht ist jedoch zwingend an die Vorgaben des EU-Gerichtshofes gebunden. Für alles, was EU-Recht betrifft, und das dürfte bei der Übernahme des EU-Rechts fast alles sein, muss der EU-Gerichtshof angerufen werden. Sein Entscheid ist bindend und damit vom Schiedsgericht zwingend und lückenlos zu übernehmen.

Der EU-Gerichtshof hat der EU die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention verboten. Der EU-Gerichtshof lässt kein Gericht über sich gelten – und damit auch nicht den Menschenrechtsgerichtshof.

Weitere gravierende Folgen

Das Rahmenabkommen unterhöhlt unseren Föderalismus und die Gemeindeautonomie. Für Kantone und Gemeinden gibt es immer weniger Gestaltungsspielraum, denn ein Staatsaufbau von unten ist der EU fremd. Diese ist von oben konstruiert.

Zudem kann die EU die EU-Richtlinien über den europäischen Berufsausweis für die Schweiz verlangen. Damit wird das sehr erfolgreiche schweizerische Bildungssystem unterhöhlt. Das Bildungsniveau der Schweiz sinkt. Der Rahmenvertrag steigert zudem die Zahl der Gesetze und Vorschriften! Eine internationale Regulierungsdichte ist unvermeidlich.

Nach Abschluss des InstA wird es unmöglich, Regelungen, die den schweizerischen nationalen Besonderheiten gerecht werden, zu erlassen. Ebenso können Überregulierungen kaum mehr eigenständig bekämpft werden.

*

Die Unterzeichnung dieses Vertrages wäre somit ein Todesstoss für die freie Schweiz. Darum: Hände weg von diesem Konstrukt!

Christoph Blocher

Nicht nachvollziehbar

Ein Justizdebakel

von Markus Melzl, Basel

Im Mai 1999 verurteilte das Aargauer Strafgericht den damals 26-jährigen Kolumbianer William W. zu 18 Monaten Gefängnis bedingt. Er wurde schuldig gesprochen der sexuellen Handlungen an drei Mädchen und zwei Knaben, wobei er zwei der Kinder geschändet hatte.



Schändung im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches bedeutet, dass ein Beschuldigter eine urteilsunfähige oder eine zum Widerstand unfähige Person sexuell missbraucht. Da sämtliche Opfer unter 16 Jahre alt waren, hat sich der Täter zudem in allen Fällen der sexuellen Handlung mit Kindern strafbar gemacht. Diese werden mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft; Schändung wird mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren geahndet.

Warum nur eine bedingte Strafe?

Es stellt sich die Frage, weshalb ein Täter, nachdem er fünf Kinder missbraucht hat, nur eine bedingte Strafe kassiert und in Freiheit bleiben darf. Der bedingte Strafvollzug setzt voraus, dass diese Art von Verurteilung den Täter von der Begehung weiterer Straftaten abhält. Der Verurteilte wurde jedoch ein paar Jahre später (2006) erneut straffällig. Er lockte ein achtjähriges Mädchen in eine Baubaracke und verging sich über mehrere Stunden an seinem Opfer.

Für diese Tat wurde William G. zu fünf Jahren Freiheitsentzug und zu einer ambulanten Therapie verurteilt. Die Therapie verweigerte der Verurteilte konsequent, und nach 239(!) erfolglosen Einzelsitzungen hielt ein Gutachter ernüchtert fest, dass er mit seinem Patienten «keinen Zentimeter» weitergekommen sei. Zudem wurde dem Täter eine mittelgradig bis hohe Wahrscheinlichkeit attestiert, erneut Sexualstraftaten zu begehen. Die Solothurner Staatsanwaltschaft stellte daraufhin den Antrag auf nachträgliche Verwahrung; diese konnte aber aus formaljuristischen Gründen nicht ausgesprochen werden: Weil die vom Gericht angeordnete therapeutische Behandlung nie rechtskräftig aufgehoben wurde, kann nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung keine nachträgliche Verwahrung ausgesprochen werden.

Entschädigung von 52'100 Franken

Der Verurteilte kam Ende 2016 aus der Haft, obwohl eine erhebliche Rückfallgefahr bestand. Die Weiterführung der ambulanten Therapie über die fünfjährige Freiheitsstrafe hinaus führte letztendlich dazu, dass der Freiheitsentzug von William G. zu lange dauerte

und ihm dafür eine Entschädigung von 52'100 Franken zugesprochen wurde.

Der Termin für eine erneute Gerichtsverhandlung zur Abklärung einer Verwahrung wurde angesetzt – und sogleich für länger als ein Jahr ausgesetzt, weil es sich beim Täter nicht um einen «Kernpädophilen» handle. Bei «Kernpädophilen» spricht die Wissenschaft von Tätern, die sich sexuell ausschliesslich für Kinder interessieren. Nachdem William G. bis zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Kinder missbraucht hatte, ist es ein Hohn, dass diese Einordnung überhaupt vorgenommen und als Grund angeführt wurde, die Verwahrungsverhandlung auszusetzen.

Ausschaffung oder «Härtefall»?

Trotz der Warnung von Spezialisten des Forensisch-Psychiatrischen Dienstes der Universität Bern, wonach bei William G. eine erhöhte Rückfallgefahr bestehe, konnte der Entlassene in unmittelbarer Nähe eines Kinderheims Wohnsitz nehmen. Weder die Verantwortlichen der Kinderstätte noch die Erziehungsberechtigten wurden davon in Kenntnis gesetzt. Vor rund einem Monat wurde der «nicht kernpädophile» Kolumbianer erneut festgenommen und beschuldigt, wiederum ein Kind, diesmal einen achtjährigen Knaben, sexuell missbraucht zu haben.

*

Erst jetzt kommt bei der Solothurner Justiz Bewegung in die Sache. Man versucht nun, den Skandal mit einer externen Untersuchung aufzuarbeiten. Mit etwas gesundem Menschenverstand und Pragmatismus hätte es auch unter Beachtung aller strafrechtlichen und strafprozessualen Vorgaben nie soweit kommen müssen. Wäre William G. bereits beim ersten sexuellen Missbrauch von fünf Kindern zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt und dann nach Kolumbien ausgeschafft worden, wäre dem achtjährigen Mädchen das Martyrium erspart geblieben – und zu einem erneuten Strafverfahren wäre es gar nie gekommen.

Sollte William G. im aktuellen Fall schuldig gesprochen werden, so ist zu hoffen, dass er «pfefferscharf» ausgeschafft wird und nicht als Härtefall in der Schweiz bleiben darf, wie dies leider viel zu oft der Fall ist ...

Markus Melzl

Markus Melzl ist ehemaliger Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.

Segnungen der Kohäsionsmilliarden

Subventionierte Saftouren

Wir verlieren uns in eine Geisterstadt. Betonklotz reiht sich an Betonklotz. Alles im gleichen, einförmigen, charakterlosen Stil. Und – da die Dämmerung der Dunkelheit weicht – die ganze Stadt stockdunkel. Kein Licht brennt. Niemand ist unterwegs – obwohl sich die finsternen Betonklötze kilometerweit aneinanderreihen. Dreihundert Hotels soll diese Stadt zählen. Keines ist in Betrieb. Vereinzelte Ausnahmen bilden zwei oder drei Sex-Clubs. Sie locken mit Lichtreklamen wohl Chauffeure an, welche die Geisterstadt mit ihren schweren Camions durchqueren.

Wir befinden uns in Bulgarien, an der – abgesehen von der Geisterstadt – überaus schönen Schwarzmeerküste. Dort, wo das sorgfältig gepflegte alte Inselstädtchen Nesebar auch noch im so wohligen warmen Oktober kulturbegeisterte Touristen anlockt – mit liebevoll gepflegten Häusern, mit überaus reich, aber keineswegs überladen geschmückten Kirchen, die von der tiefen Gläubigkeit der orthodoxen Christen zeugen.

Bulgarien, wo Archäologen aus aller Welt – auch die Universitäten von Zürich und Bern verfolgen Projekte – seit dem Zusammenbruch des Kommunismus den unglaublichen Reichtum, die unglaubliche Vielfalt einer bisher kaum beachteten Hochkultur – der thrakischen – Etappe um Etappe freilegen. Dieses Land südlich der Donau hat dem an Kultur und Geschichte Interessierten wahrhaft Reiches zu bieten: Eine Hochkultur, die älter ist als jene der Alten Griechen...

Dazwischen, wie die Faust aufs Auge, der ungezügelter Wildwuchs der die Schönheit des Küstengebiets brutal verwüstenden Betonlandschaft. Dreihundert leere Hotels, die während zwei Monaten im Jahr allein am Alkoholfluss sich austobende «Gäste» anlocken ...

Im Juli und August suchen Tausende nach Suff und Biergerende Gäste diese Stadt heim. Findige, umsatzbolzende «Melker» der aus Brüssel ins Land strömenden Kohäsionsmilliarden machen's möglich – mit einer Betonwüste ohnegleichen als Visitenkarte. Die «Gäste», mit Charterflugzeugen herangeschleppt, wurden Mallorca abgeworben.

Jenem Mallorca, das der hemmungslosen Biersäufer an seinen Küsten offensichtlich überdrüssig geworden ist. Diese Kategorie Touristen wird jetzt ans Schwarze Meer geflogen. Zu Zehntausenden. Auf dass sie dort saufen können, was immer ihre Kehlen zu schlucken vermögen.

Voll-Arrangements sind dort in Mode. Inklusive geführter Party-Touren in Grossgruppen, wobei der Party-Teilnahme bis zu zehn Barbesuche für Aperos aller Art vorangehen – Quantität, nicht Qualität ist gefragt. Nicht wenige der Teilnehmer sollen es bis zum Party-Besuch gar nicht mehr schaffen. Die übelsten Säufer bleiben in einer der Bars hängen – so wird uns das Geschehen geschildert.

Danach, ab September, stehen die Betonklötze finster, lichtlos, zehn Monate lang nutzlos herum. Kilometerweit brutal zubetonierte Küstenlandschaft bieten sie dar – bis Anfang Juli des nächsten Jahres die Säufer für weitere Saftouren wieder eintreffen...

Umsatzzahlen können die Betreiber der Saufstätten und die Organisatoren der Saftouren offenbar in stolzer Höhe vorweisen, so dass – angesichts des «Investitionserfolgs» – die Millionenverteiler aus Brüssel neue Millionen für weitere Saufpaläste springen lassen. Der Kurzaufenthalt in den dank EU-Kohäsionsmilliarden verbilligten Betonblöcken scheint verlockend günstig zu sein. So dass die Säufer sich übers Jahr – sofern sie ihr Tun überleben – erneut efinden am Ort des ewig fließenden Bieres.

Auch der Schweiz presst Brüssel bekanntlich Kohäsionsmilliarde um Kohäsionsmilliarde ab. Und die hiesigen Parteigänger Brüssels, Ausverkäufer der eigenständigen Schweiz, werden nicht müde, den «Entwicklungserfolg» gesprochener Kohäsionsmilliarden zu preisen. Ob sie je einen Augenschein nehmen, was mit Kohäsionsmilliarden und -milliarden an der Schwarzmeerküste Bulgariens angerichtet wird?

Ulrich Schlier


Akzent



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
 www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60



MAB Möbel
 Muotathal
 Peter Föhn, Ständerat

Terrorismus

Vermischung von Migranten und Islamisten

von Stefan Schubert, Journalist, Buchautor, Experte für innere Sicherheit, Rottenburg BRD

Hinter dem Begriff «Gangster-Jihad» verbirgt sich der absolute GAU für die Sicherheit in Deutschland und in anderen Ländern Europas. Darunter verstehen Sicherheitsexperten die hochbrisante Vermischung des kriminellen Migrantenmilieus mit radikalen Islamisten.



Die Statistik unter www.is.gd/Terroristen führt seit 2014 in der EU 22 Terroranschläge von insgesamt 44 Tätern auf. 34 der 44 Attentäter waren der Polizei als gewaltbereit bekannt – und bei mindestens 33 Attentätern waren die Behörden über die islamistische Radikalisierung informiert.

27 Vorstrafen, 67 Straftaten

Auch der Berliner IS-Terrorist Anis Amri und der Strassburger Weihnachtsmarkt-Attentäter Chérif Chekatt entsprechen genau diesem Profil. Chekatt war nicht weniger als 27 mal vorbestraft wegen 67 gerichtlich nachgewiesener Straftaten. Diese verteilten sich im grenzenlosen Schengen-Europa auf Frankreich, die Schweiz und Deutschland. Kaum zu glauben, aber wahr: Obwohl die französischen Behörden Chekatt als «islamistischen Top-Gefährder» führten, wussten die Behörden und die Polizei im nur 250 Meter Luftlinie entfernten Deutschland nichts von seiner Gefährlichkeit.

Dies ist einmal mehr ein Beleg, wie leichtfertig und vorsätzlich Berliner Politiker Entscheidungen gegen die Sicherheitsinteressen der eigenen Bevölkerung treffen und umsetzen. So beklatschen Massenmedien und Politik gleichermaßen das am 26. März 1995 in Kraft getretene Schengener Durchführungsübereinkommen als grosse europäische Vision. Doch wie sich die Abschaffung der Grenzkontrollen in Wirklichkeit auf die Sicherheitslage auswirkt, wird auch beim Strassburger IS-Terroristen

erschreckend deutlich. Die deutschen Behörden wurden von den französischen nicht über die islamistische Radikalisierung des Top-Gefährders informiert. Er galt in Deutschland als gewöhnlicher Krimineller, als Einbrecher.

Grenzüberschreitende Aktivität belegt

Dieser Umstand verwundert umso mehr, als bei der Hälfte der islamistischen Terroranschläge der jüngsten Vergangenheit vorherige grenzüberschreitende Aktivitäten der Attentäter belegt sind. So wird in dem gerade erschienenen Enthüllungsbuch «Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen» belegt, dass Amri kein Einzeltäter war, wie die Bundesregierung nach wie vor behauptet, sondern dass es sich bei dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz um eine koordinierte Terroraktion von Zellen des Islamischen Staates in Deutschland, Italien und Libyen handelte. In Berlin wurden zwölf Menschen durch Amri ermordet und siebzig weitere verletzt, und in Strassburg fielen fünf Menschen dem Islam-Terror zum Opfer, elf weitere wurden verletzt. Trotz dieser immensen Gefahren für die Bevölkerung haben sich die europäischen Regierungen nicht einmal auf eine gemeinsame Definition von «islamistischen Gefährdern» geeinigt.

Wo bleibt der politische Wille?

So mangelt es nicht nur an gemeinsamen Standards und Datenbanken, sondern auch am politischen Willen, das eigene Wissen über das islamistische Milieu ohne Bedingungen mit europäischen Ländern zu teilen. Dass der offene Schengen-Raum ohne diese zwingend erforderlichen Vorbedingungen trotzdem eingeführt wurde, lässt an der fachlichen Eignung aller beteiligten Politiker zweifeln.

So wurde zwar unmittelbar nach den Terroranschlägen von 9/11 die Counter Terrorism Group (CTG) in Den Haag gegründet, wo Nachrichtendienste von 28 EU-Mitgliedstaaten ihre Erkenntnisse sammeln, koordinieren und teilen sollen. Doch französische Dienste unterliessen es, den Strassburger IS-Terroristen in diese Datenbank einzutragen. Darum wurde Chérif Chekatt nicht als potenzieller Terrorist angezeigt, sondern nur als gewöhnlicher Einbrecher. Hätte er die unkontrollierte deutsch-französische Grenze überschritten, dann wäre der «Einbrecher» selbst bei einer zufälligen Polizeikontrolle nicht weiter aufgefallen.

Stefan Schubert



A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner und Fax von Brother dank MPS für 120.– statt 349.– (Sie erhalten zudem eine Treueprämie von 60.–)

Weitere Angebote:

• Farblaser-Drucker A4: 69.– statt 349.– • Mono-Laser-Drucker A4: 49.– statt 319.–

mit 5 Jahren VorOrt-Garantie, MPS und fixen Kopien-Preisen von 20 Rp. farbig, 2,5 Rp. mono exkl. MWST., alles inbegriffen. Gilt nur für Firmen mit Netzwerk.

50% Rabatt auf Gross-Systeme A3. Gilt auch für die Optionen wie Finisher, Heften, Lochen, GrossraumKassette, Binden, Mailbox-Ablage.

Seitenkosten: farbig 4 Rp. mono 0,4 Rp. Wieviel bezahlen Sie jetzt?

OCOTex AG - 041 799 50 00



Das Büro Ha deckt auf!



Imam am Feldgottesdienst – oder eher «Imam für den Feld-Allah-Dienst». Die Sicherheitspolitische Kommission will, dass es in Zukunft in der Armee ebenfalls einen «Feldgeistlichen» für Moslems gibt – im Grade eines (bärtigen) Hauptmanns. Die Kommissionsmehrheit (ausschliesslich Linke und Grüne) sieht keinen Handlungsbedarf in Anbetracht der islamischen Unterwanderung der Armee. Wohl aber bei der Schikanierung und Bevormundung der Bürger mit dem EU-Feuerwaffen-Unrecht.

*

Den endgültigen Beweis der Verblödung hat die (ehrenwerte) Kammergesellschaft und Schulpflege von Wohlen geliefert. Weil die Geistlosen vor den Muslimen kuschen, haben sie veranlasst, dass an der Kinderfasnacht «Wienerli» aus Hühnerfleisch zu verteilen seien. Als fauler Kompromiss wurden schliesslich beide Sorten verteilt. Wie sagte man früher: «Goh't's no?». Vor Jahren gab es einen Film mit dem Titel «Chicken run», mit hirnlos und ahnungslos umherrennenden Hühnern und Guggeln. Wer die Fasnacht mit Bücklingen beginnt, gehört nicht dorthin.

Tis Hagmann

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Kandidaten

Sie kennen der Bürger Probleme und Not, sie bringen jetzt endlich die Dinge ins Lot. Sie scheu'n keine Müh' auf dem Wege nach oben und wissen diskret ihre Taten zu loben.

Man macht Konkurrenz dabei nicht gerne mies. Doch die ist nun wirklich verdorben und fies! Sie werben für sich nur so emsig wie Bienen, um uns, ihrem Volke, nach Kräften zu dienen.

Sie tun es für uns und im Grunde nicht gern. Persönliche Absichten steh'n ihnen fern. Es wäre noch vieles dabei zu erwähnen – ich bin so gerührt – ach! – mir kommen die Tränen.

Churz & Bündig

«Multikulti ist keine Lösung, sondern Selbstaufgabe.»

Henning Zoz, Nanotechnologe, Unternehmer, in «Junge Freiheit», 4.1.2019

«Schweizerzeit»-Leserreise 2019



Sizilien – Apulien – Neapel

Auf den Spuren von Friedrich II.

Samstag, 27. April bis Samstag, 11. Mai 2019

Palermo – Segesta am Monte Barbaro – Erice – Agrigent – Taormina am Fuss des Ätna – Reggio di Calabria – Capo Vaticano – Serra San Bruno – Mongiana – Crotone – Taranto – Altamura – Castel del Monte – Bari – Pompeji – Neapel

Antike und mittelalterliche Bauten – Spuren des Staufer-Kaisers Friedrich II. – Grossartige Kathedralen – Kulinarische Köstlichkeiten – Erlesene Weine – Gepflegte Hotels – Vorträge über Friedrich II. und das Römische Weltreich.

Reiseleitung: IWL-Reisen, Walter Leu, Unterstammheim

Begleitung und historische Vorträge: Ulrich Schlüer

Preis pro Person:

Im Doppelzimmer, Economy-Flug	Fr. 5'575.00
Einzelzimmer-Zuschlag	Fr. 790.00
Business-Class-Zuschlag	Fr. 325.00



«Schweizerzeit»-Leserreise nach Sizilien und Süditalien vom 27. April bis 11. Mai 2019

Bitte senden Sie mir das Detailprogramm mit Anmeldetalon

Name/Vorname: _____ Anz. Pers.: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefonnummer: _____

E-Mail: _____

Talon bitte einsenden an:
«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00 | Fax 052 301 31 03
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Brüsseler Raubrittertum



Im Sommer 2018 haben die EU-Arbeitsminister beschlossen, die Regeln für die Zahlung von Arbeitslosengeldern an Grenzgänger zu ändern. Würden die neuen Regelungen hierzulande übernommen, käme uns das teuer zu stehen.

Wird einer der 320'000 in der Schweiz arbeitenden Grenzgänger arbeitslos, ist für ihn nach heutiger Regelung richtigerweise nicht unsere Arbeitslosenversicherung (ALV) zuständig, sondern jene seines Wohnsitzstaates. Unsere ALV richtet lediglich während der ersten drei bis fünf Monate Arbeitslosengelder nach den Ansätzen des Wohnsitzstaates aus. Dieser Abgeltungsbetrag an die EU-Staaten belief sich im Jahr 2015 laut Bundesrat auf knapp 200 Millionen Franken. Gemäss Schätzungen des Staatssekretariats für Migration würde sich die Summe mit der neuen Regelung um mehrere hundert Millionen Franken erhöhen.

Laut dem Bundesrat ist die Schweiz nicht verpflichtet, das neue Zahlungsregime zu übernehmen. Die Diskussionen um das Rahmenabkommen und die dynamische Rechtsübernahme lassen allerdings das Gegenteil vermuten. Ge-

rade Grenzkantone wären besonders stark betroffen. Nicht überraschend also, dass der Kanton Aargau den Bundesrat mit einer Standesinitiative auffordert, die neuen EU-Regeln nicht anzuwenden. Sonst würde unser Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte noch attraktiver, und die Zuwanderung würde weiter ansteigen.

Nehmen wir das Beispiel eines Angestellten aus Italien: Dieser erhält in Italien während maximal 24 Monaten 70 Prozent des Lohnes – wobei der Höchstbetrag/Monat bei 1'314 Euro liegt. Im Kanton Tessin hingegen beträgt der mittlere Lohn rund 4'800 Euro/Monat. Das neue System würde die Lage der italienischen Grenzgänger also erheblich verbessern.

Der Druck auf die Schweizer Arbeitskräfte würde weiter ansteigen. Die Leidtragenden wären vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmer, welche schon heute auf dem Stellenmarkt kaum mehr eine Chance haben. Grösster Verlierer wäre letztlich unser Sozialsystem, welches dem Brüsseler Raubrittertum zum Opfer fallen würde. Auch darum ist ein Rahmenabkommen sehr gefährlich und muss im Interesse des gesamten Landes abgelehnt werden.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Schweizerzeit

KEIN MONOPOL
DEM EU-SÜCHTIGEN
MEDIEN-EINTOPF

Abonnenten werben Abonnenten

Geschätzte Leserinnen und Leser

Helfen Sie uns bei der Werbung neuer «Schweizerzeit»-Abonnenten, indem Sie bei uns kostenlos zusätzliche Magazin-Ausgaben bestellen und diese darauf Interessenten im Bekanntenkreis weitergeben.

Sie erhalten dann fünf «Schweizerzeit»-Magazine mit der Bedingung, sich auf die Weitergabe von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Ausgaben an den identischen Empfänger zu verpflichten – die restlichen an andere.

Ich wünsche zwecks Werbung neuer Abonnenten in meinem Bekanntenkreis, (Anzahl Expl.) «Schweizerzeit»-Magazine an untenstehende Adresse zugestellt zu erhalten.

Vorname, Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Natel:

E-Mail:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Churz & Bündig

Man könne – belehren uns die Medien in einstimmigem Chor – schlicht nicht verstehen, wie seinerzeit alle Welt dem grossen angeblichen Problemschüler-Versteher Jürg Jegge zu Füssen gelegen habe, als dieser die Programme sogenannter Reformschulen aus Deutschland imitierte und etwas «besondere körperliche Nähe» als Therapie für sich unverstandene fühlende Jugendliche gepredigt hat.

Wie gingen denn all diese heute so demonstrativ klagenden Medien damals mit denen um, die Jeggens Methoden nicht vorbehaltlos bewundert haben?

Und warum auferlegen sich diese klagenden Medien so penetrant einstimmige Schweigepflicht der Tatsache gegenüber, dass linke Götter vom Format eines Daniel Cohn-Bendit, eines Joschka Fischer in der damaligen «Körpernah-Szene» eifrig mitgewirkt haben – wofür sie heute völlig unbehelligt belassen werden?

*

us

Ein Anpasser (Appeaser) ist jemand, der ein Krokodil füttert in der Hoffnung, es werde ihn als Letzten fressen.

Winston Churchill, englischer Kriegsminister

Forderung von Ghanas Bischöfen

Migration beenden!

Viele junge Männer aus Ghana entschliessen sich auf der Suche nach einem besseren Leben zur Migration nach Europa und Nordamerika. Die Bischöfe appellieren nun an die westlichen Staaten, mitzuhelfen, «den illegalen Exodus zu stoppen».

Kürzlich fand in der Region Techiman die Vollversammlung der Ghanaer Bischofskonferenz statt. Diese Region ist besonders stark von der Auswanderung betroffen. Die Bischöfe, heisst es in ihrer Stellungnahme, haben «die Klagen der traditionellen und der politischen Autoritäten» über die «irreguläre Migration» gehört. 2017 wurde aus Libyen 4'092 junge Männer zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen. Die Zahl derer, denen die illegale Einwanderung nach Europa gelungen ist, ist jedoch deutlich höher.

«Wir sind traurig über den unglücklichen Verlust von Menschenleben in der Wüste und im Mittelmeer von jungen Männern und Frauen, die sich auf diese gefährlichen Reisen machen. Wir teilen die Ängste und Sorgen der Familien, die den Kontakt mit ihren Angehörigen verloren haben, die zu diesen Reisen aufgebrochen sind und für ihre sichere Rückkehr beten. Um das hohe Migrationsniveau in diesem Teil unseres Landes auf ein Minimum zu reduzieren, haben wir die Caritas von Ghana beauftragt, den Massnahmen gegen diese Gefahr Priorität einzuräumen.»

Caritas-Direktor Samuel Zan Akolgo bestätigt die Angaben der Bischöfe, dass es sich um ein organisiertes Phänomen handelt, das von Schlepperbanden ausgeführt wird. Die beiden Städte Techiman und Nkoranza (beide im Bistum Techiman) «sind berühmt für ihre offenen Rekrutierungszentren».

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der Uno gehört Ghana zu den Hauptherkunftsländern der illegalen Migranten, die – Richtung Europa – vor allem über Libyen die «Einwanderung in den Wohlstand» versuchen. Dahinter stehe oft der Wunsch der Grossfamilie, dass das ausgewanderte Familienmitglied aus dem Westen die Grossfamilie zu Hause finanziell unterstützt.

Die Bischöfe Ghanas haben die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft zur Reduzierung der Migration aufgefordert. Sie haben sich selbst mit zwei neuen Arbeitsprogrammen «zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit» dazu verpflichtet. Die Bischöfe appellierten zugleich an die internationale Staatengemeinschaft, Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort zu gewähren. Ghana ist Zielland «von Elektromüll aus der ganzen Welt», der zum Teil «unter offenem Himmel abgelagert» werde. Zudem müsse der Wüstenbildung Einhalt geboten werden, «damit die Men-

schen nicht die Versorgung aus der Landwirtschaft verlieren».

Ghana hat eine Bevölkerungsdichte von 120 Einwohnern pro Quadratkilometer. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland zählt 231 Einwohner/km², die Schweiz 205 und Österreich 105 Einwohner. Ghana hat eine Fläche von der Grösse der alten Bundesrepublik. Die jährlichen Regenfälle sind in etwa identisch mit jenen in Österreich und um etwa 20 Prozent höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Ghana ist ein sehr fruchtbares Land und reich an Bodenschätzen.

Der Abwanderungsdruck entstand durch die Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb der vergangenen 35 Jahre. Die Geburtenrate sank in den vergangenen 50 Jahren jedoch von fast sieben Kindern je Frau im gebärfähigen Alter auf derzeit knapp vier Kinder. Tendenz sinkend. Die Uno rechnet damit, dass spätestens ab 2050 die Bevölkerung Ghanas schrumpfen wird. Wahrscheinlich werden bereits um 2035 weniger Kinder geboren als für die «Bestandessicherung» notwendig wären.

Andreas Becker

Churz & Bündig

Ein «Schweizerzeit»-Abonnent – wohnhaft in Oberrieden am Zürichsee – hat vor wenigen Tagen vom Steueramt des Kantons Zürich einen Einschätzungsentscheid erhalten. Dies mit interessanter Beilage: Einem von SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf, Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich, unterzeichneten Bettelbrief. Die plumpe Abstimmungspropaganda verbreitet die Mär von der angeblichen «Privatisierung» des Trinkwassers im Kanton Zürich und bittet um eine Spende im Hinblick auf die Abstimmung vom 10. Februar. Interessant, diese «Zusammenarbeit» zwischen staatlichen Steuerfunktionären und linken Abstimmungspropagandisten.

us

*

«Die Politik hat entschieden, die Kohlezechen zu schliessen. Trotzdem braucht Deutschland ja immer noch Kohle. Die wird jetzt nicht mehr in Deutschland gefördert, sondern im Ausland – Kolumbien, Russland, Australien.»

Siddik Eminoglu, Steiger/Kumpel,
im Deutschlandfunk, 21.12.2018

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 15)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, alt Nationalrat SVP, Eglisau ZH



Weil sich gegen Ende des Jahres 1990 die Drogensituation immer weiter verschlimmert und die «Platzspitz-Drogenhöhle» schliesslich als «Needlepark» weltweite «Berühmtheit» erlangt, wird der Kampf um die richtige Drogenpolitik zunehmend härter. Die Liberalisierungsapostel wollen als Zwischenschritt zur Drogenlegalisierung sogenannte Fixerräume einrichten, über die am 2. Dezember 1990 in der Stadt Zürich abgestimmt wird. An zahlreichen Veranstaltungen bekämpfen SVP-Politiker, angeführt von Stadtparteipräsident Walter Frey, die Kultivierung der Drogenszene. Sie vertreten als oberstes Ziel die Suchtfreiheit, die insbesondere durch eine wirksame Prävention und die Auflösung der bestehenden «Drogenkultstätten» angestrebt wird. Unter dem Titel «Ein Bierzelt für Alkoholiker?» zeigt Walter Frey in einem denkwürdigen Zeitungsartikel die Perversion der Schaffung von Fixerräumen auf: Damit trete an die Stelle von Lebenshilfe (einer Hilfe zum suchtfreien Leben) die Überlebenshilfe, was den Drogenkonsum kultiviere und somit anheize.

Die staatlich geförderten Fixerräume samt dem zugehörigen «Sozialpaket» werden schliesslich mit rund 60'000 gegen 36'000 Stimmen abgelehnt. Bis zur Schliessung des Platzspitzes und danach bis zur Auflösung der offenen Drogenszene auf dem Lettenareal wird es aber noch Jahre dauern.

*

Bald taucht eine neuer Stern (oder eher eine Sonne) am Polithimmel der SVP auf: Rita Fuhrer aus Pfäffikon. Sie wird am 15. Februar 1991 auf Empfehlung von Kantonsrat Carl Bertschinger («Junker Carl») von

meiner Frau im «Zürcher Boten» unter der Rubrik «Es Glesli Chlevner mit ...» portraitiert und wird fortan die Stufen Kantonsrätin (1991), Regierungsrätin (1994) bis zur Bundesratskandidatin (2000) aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten und ihrer Ausstrahlung rasch erklimmen.

Aufgewachsen in Thal im St. Galler Rheintal, wird sie bereits in ihrem Elternhaus «politisiert», denn ihr Vater, von Beruf Bankverwalter, bekleidet als aktiver Politiker etliche öffentliche Ämter. Rita Fuhrer ist eine jener eher raren Politikerinnen, die das Leben und die Eigenverantwortung von der Pike auf kennen: Nach der Sekundarschule und dem damals üblichen Welschlandjahr macht sie eine KV-Ausbildung, ist in der kirchlichen Jugendarbeit tätig, betreut später nach ihrer Heirat als dreifache Mutter zusätzlich jahrelang Pflegekinder, arbeitet sodann als Journalistin und Agenturleiterin einer Krankenversicherung, amtiert als Oberstufenschulpflegerin und -präsidentin, bis sie schliesslich den erwähnten politischen Weg begeht. *Gut, dass es Politikerinnen wie Rita Fuhrer gab und gibt. Man wünscht sich mehr davon.*

*

Zurück zum Wahlfrühling 1991: Christoph Blocher präsentiert den neuen SVP-Regierungratskandidaten Ueli Maurer an einer Pressekonferenz zusammenfassend wie folgt: «Ueli Maurer besitzt in ausgeprägtem Masse das, was den links-grünen Kandidaten, die gegen ihn antreten, in ausgesprochenem Masse fehlt.» Maurer führt im Gespann mit Hans Hofmann einen intensiven Wahlkampf. An zahlreichen Veranstaltungen tritt er allein oder zusammen mit seinen bürgerlichen Mitstreitern Hans Hofmann, Ernst Homberger und Eric Honegger (beide FDP) sowie Peter Wiederkehr (CVP) an – und zum Teil auch mit Alfred Gilgen (parteilos, ex-LdU). Ebenso kreuzt er die Klinge an



Geniessen Sie unsere ausgezeichneten

MEILENSTEIN – Weine

aus unserem Rebberg in Berg am Irchel im Zürcher Weinland,
gekeltert in der Kartause Ittingen.

RIESLING-SYLVANER (2017)

PINOT NOIR Selection (2017)

PINOT NOIR Prestige Barrique (2015)

Exklusiv für «Schweizerzeit»-Leser(innen): Pro Doppelpack Fr. 25.–

Bestellen bei Hans Fehr, Eglisau, 079 341 54 57 / hans-fehr@hans-fehr.ch
oder Thomas Düsel, Küssnacht, 076 567 19 00 / thomas.duesel@gmx.ch

Ihre bürgerlich-liberale Stimme im Bezirk Meilen!



Dr. Nina **bisher**

Fehr Düsel

wieder in den Kantonsrat

2 x auf Ihre Liste

Und in den Regierungsrat
Natalie Rickli und Ernst Stocker

www.ninafehrdusel.ch





Tages-Anzeiger, Mittwoch, 3. April 1991, Seite 28

kontradiktorischen Veranstaltungen mit Hedi Lang (SP), Moritz Leuenberger (SP), Verena Diener (Grüne) und Roland Wiederkehr (LdU).

Wir von der SVP führen eine harte Kampagne für «Sicherheit, Stabilität und Freiheit» – und bekämpfen den sozialistisch-kommunistischen Kurs von Rot-Grün.

An einer Pressekonferenz warnt Christoph Blocher eindringlich vor dem zunehmenden Sozialismus mit den Worten: «Wir wollen Marktwirtschaft statt Sozialismus! Obwohl der Sozialismus im Osten wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell Konkurs gemacht hat, werden auch in unserem Land immer mehr sozialistische Rezepte eingeführt. Der bewährte Weg der sozialen Marktwirtschaft wird verlassen, eine Gesetzgebungsgläubigkeit breitet sich aus, und der Glaube an staatliche Machbarkeit nimmt überhand. Die Wirtschaftspolitik ist zunehmend mit bürokratischen Vorschriften konfrontiert, im Bau- und Planungsrecht ist die Tendenz verheerend, und auch in der Energiewirtschaft wird die Planwirtschaft eingeführt. Das bedeutet für unser Volk weniger Einkommen, weniger sichere Arbeitsplätze, schlechtere und unsichere Sozialleistungen, schlechtere Wohnverhältnisse und schlechtere Lebensverhältnisse. Die Zürcher Sozialdemokraten und die Grünen vertreten zum Beispiel in Bezug auf die Boden- und Wohnpolitik weitgehend den kommunistischen Weg.» Und in einem flammenden Aufruf mahnt er die bürgerliche Wählerschaft vor dem Wahlwochenende: «Tut Eure Bürgerpflicht!»

Legendär ist das Inserat «Achtung vor dem roten und grünen Filz», das heftige Reaktionen auslöst, weil es zwei tanzende (rot-grüne) Filzläuse zeigt und vor «höheren Steuern, mehr Drogenelend, mehr Asylmissbrauch,

mehr Wohnungsnot, mehr Kriminalität, vor unsicheren Arbeitsplätzen und gefährdeten Renten» warnt.

*

Das Wahlergebnis für die Parlamentswahlen (Kantonsrat) am 7. April 1991 ist hervorragend. Die SVP steigert ihren Wähleranteil von 15,8 auf 19,4 Prozent. Auch die FDP (vorläufig noch stärkste Partei) kann im Listenverbund mit uns leicht zulegen. Mit einem Plus von acht Kantonsratssitzen erhöhen wir die Sitzzahl auf neu 37. Als einzige etablierte Partei vermag die SVP auch in absoluten Zahlen zuzulegen und massiv an Wählern zu gewinnen. Die sogenannten Mitteparteien, vorab der LdU, müssen grosse Verluste hinnehmen. Der klare Kurs der SVP hat sich bewährt.

Leider verlieren wir einen Regierungsratssitz, und zwar aus dem folgenden Grund: Weil wir im bürgerlichen Verbund den Kampf für sechs Sitze führen – auch für den nunmehr parteilosen Alfred Gilgen, erreicht dieser rund 1'500 Stimmen mehr als Ueli Maurer. Im Moment eine Enttäuschung. Aber Alfred Gilgen ist ein derart hochverdienter Magistrat, dass seine Abwahl eine grosse Ungerechtigkeit gewesen wäre. Wir sind sicher: Die Stunde Ueli Maurers wird noch kommen – *und sie ist gekommen!* (Die Grüne Verena Diener erreicht übrigens das absolute Mehr, scheidet aber als überzählig aus. Der LdU-Kandidat Roland Wiederkehr bleibt hingegen chancenlos.)

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Sonntag, 27. Januar 2019, 14.00 Uhr

Veranstaltung «Zürich, Schweiz, EU – Die Herausforderungen im Wahljahr»

Vortrag von Roger Köppel, Nationalrat
mit Superländlerkapelle Carlo Brunner
Gemeindsaal Obstgarten, Tränkebachstrasse 35, Stäfa

Dienstag, 5. Februar 2019, 19.30 Uhr

Ja zur Schweiz

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer
Hotel Kreuz, Bern

Samstag, 2. März 2019, 10.30 Uhr

Sifa-Wintertagung

zur Sicherheitspolitik
mit Dr. Rudolf P. Schaub
Grossratssaal, Obere Vorstadt 10, Aarau

Samstag, 4. Mai 2019

Generalversammlung Auns

Referent: Roger Köppel, Nationalrat

Dienstag, 28. Mai 2019

«Schweizerzeit»-Frühjahrstagung

Referent: Andreas Glarner, Nationalrat

Büchertisch

BESTSELLER



Toni Brunner

Beni Gafner

Bundeshaus-Redaktor Beni Gafner stellt die einzigartige Persönlichkeit von Toni Brunner vor: Seine Schlagfertigkeit, seinen jede Diskussion prägenden Humor, seine Gelassenheit allen Anwürfen gegenüber. Er schildert den Werdegang des Ausnahme-Politikers,

seine Jugend, die gegen alle Prognosen Tatsache gewordene Wahl in den Nationalrat. Toni Brunner hat die SVP zu nie dagewesenen Wahlerfolgen geführt. Ein Buch auch über die politische Wirklichkeit in der Schweiz, das auch Hinterhaltsschüsse gegen die SVP offenlegt, welche die Schweiz in Atem gehalten haben.

Werd und Weber, Gwatt 2018, ca. 240 S., geb., Fr. 39.–



Feindliche Übernahme

Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht

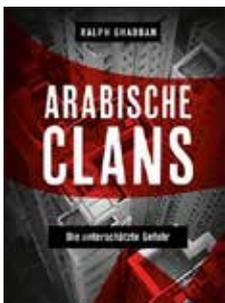
Thilo Sarrazin

Eine brisante Neuerscheinung – nicht nur für uns «das Buch des Jahres»: Thilo Sarrazin zeigt aufgrund nüchterner Darstellung von Tatsachen und sorgfältig dokumentierten Erfahrungen mit dem Islam,

dass Europa keineswegs mit einem Integrationsproblem konfrontiert ist. Wer solches behauptet, streut den Mitbürgern Sand in die Augen. Thilo Sarrazin argumentiert überzeugend: Europa droht nichts weniger als die «feindliche Übernahme».

Finanzbuch, München 2018, 450 S., geb., Fr. 37.40

AKTUELL



Arabische Clans

Die unterschätzte Gefahr

Ralph Ghadban

Die unkontrollierte Masseneinwanderung entwickelt Metastasen: Es gibt zumindest in Deutschland Stadtteile, die bereits heute weitgehend beherrscht werden von arabischen Clans – Familienclans, Sippenclans.

Sie haben die Unterwelt im Griff, kontrollieren also – auch unter Einsatz brutaler Gewalt – die organisierte Kriminalität. Sie entwickeln aber auch gefährliche, bedenkliche, beklemmend erfolgreiche Versuche, Politik und andere gesellschaftliche Kräfte zu beherrschen. Höchste Zeit, sich endlich mit diesen Clans zu befassen – sie aus Europa zu verbannen!

Econ, Berlin 2018, 304 S., brosch., Fr. 25.50



Anis Amri und die Bundesregierung

Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen

Stefan Schubert

Eine wahrhaft brisante Recherche: Der todbringende Attentäter von Berlin stand bereits lang vor seiner Tat unter Beobachtung. Der Autor kann sogar zeigen, dass Kenntnisse vorhanden waren, die auf den Tatsache gewordenen Anschlag hindeuteten, dass bestimmte Geheimdienstkreise diesen Mann aber wirken liessen – offenbar in der Meinung, an Drahtzieher zu gelangen. Er hat dann allerdings weit schlimmer zugeschlagen, als jene dachten, die ihn unter Kontrolle wähnten. Ein höchst brisantes Buch zur Faktenlage des modernen Terrorismus in Westeuropa.

Kopp, Rottenburg 2019, 240 S., geb., Fr. 27.90

SCHWEIZ



Im Schatten der sieben Fürsten

Schicksalsjahre des jungen Zwingli

Danu Wisler

In Romanform schildert der eigenwillige Autor einige seinen späteren Lebensweg bestimmende Erlebnisse des jungen Ulrich Zwingli, die ihn schliesslich zur Berufung als Reformator führten. Es werden Erzählungen vermittelt, entstanden aus intensiver Auseinandersetzung des Autors mit Zwingli. Als Toggenburger scheint er sich innerlich etwas verwandt zu fühlen mit dem im Toggenburg aufgewachsene Zwingli. Eigenständige, aber sehr lesenswerte Erzählungen – weil sie sich am einfachen Leben des jungen Zwingli orientieren.

Ed. Schürch, Huttwil 2017, 77 S., geb., ill., Fr. 24.80



Für mein Kind nur das Beste

Wie wir unseren Kindern die Kindheit rauben

Allan Guggenbühl

Es gibt Eltern, die ihren Kindern dutzendfach Unterhaltung, Sporttraining und andere Förderungsangebote glauben vermitteln zu müssen. Voll programmierte Existenzen entstehen, die der Jugendberater Allan Guggenbühl als «Goodwill-Diktatur» betitelt.

Man organisiert den Kindern den Alltag so vollständig, dass diese eigene Neigungen, eigene Begabungen kaum mehr eigenständig entdecken können. Eine Art Erziehungsindustrie von Therapeuten, Psychologen, Mediziner, professionellen Unterhaltern raubt den Kindern die Möglichkeit, ihre Kindheit selbst zu gestalten, das Leben und seine Vielfalt selbst zu entdecken.

Orell Füssli, Zürich 2018, 221 S., geb., Fr. 26.90

HÖRBUCH



Humorvolle Unterhaltung

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Loriot – Dramatische Werke

Gelesen von Stermann und Grissemann

Jene beiden Satiriker, die das deutschsprachige Publikum Woche für Woche im österreichischen Fernsehen in der Sendung «Willkommen in Österreich» unterhalten, präsentieren die erfolgreichsten Nummern, die der unvergessliche Loriot hinterlassen hat: Vom sprechenden Hund über das Frühstücksei, den Lottogewinner, die Herren im Bad, die Jodelschule, bis zu Mutters Klavier.

Vor Jahren hat Loriot diese Nummern selber gesprochen. Nach seinem Tod verstehen es Stermann und Grissemann blendend, den aus dem Alltag schöpfenden Humor Loriot's – manchmal einfach lustig, oft messerscharf, immer zielsicher treffend – zu neuem Leben zu erwecken. Eine Wiederbegegnung mit einem Komiker, der während Jahrzehnten die Menschheit auf schlicht meisterhafte Weise unterhalten hat.

Diogenes, 1 CD, 78 Min., Fr. 26.–

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Konsequent Grenzen setzen

Vom Umgang mit schwierigen Jugendlichen

Sefika Garibovic

Ihr Auftritt in der TV-Sendung «Schweizerzeit-Magazin» am 4. Januar dieses Jahres hat Aufsehen erregt. Sefika Garibovic predigt nicht nach, wie andere um «Verständnis» betteln für Verhaltensweisen, die nicht Verständnis benötigen, vielmehr echte Autorität herausfordern. Gewalt ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Gewalt ist zu unterbinden, zu verhindern.

Sefika Garibovic wird jeweils gerufen, wenn Behörden nicht mehr weiter wissen. In ihrem Buch beschreibt sie, wie Grenzen überlegt gesetzt werden, wie damit die Chance entsteht, in den Vorhof der Kriminalität entgleiste Jugendliche zurückzuführen in geordnete, den Mitmenschen respektierende Verhältnisse.

Das Buch von Sefika Garibovic ist eine Fundgrube für Zeitgenossen, die im Laissez-faire alles andere als eine «Therapie» sehen.

us

Sefika Garibovic: «Konsequent Grenzen setzen – Vom Umgang mit schwierigen Jugendlichen». Orell Füssli, Zürich 2016, 141 S., geb., Fr. 24.90

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Beni Gafner – Toni Brunner **à Fr. 39.–**
 Thilo Sarrazin – Feindliche Übernahme **à Fr. 37.40**

Aktuell

- Ralph Ghadban – Aarabische Clans **à Fr. 25.50**
 Stefan Schubert – Anis Amri ... **à Fr. 27.90**

Schweiz

- Dänu Wisler – Im Schatten der sieben Fürsten **à Fr. 24.80**
 Allan Guggenbühl – Für mein Kind nur das Beste **à Fr. 26.90**

Hörbuch

- Loriot – Dramatische Werke **à Fr. 26.–**

Buchzeichen

- Sefika Garibovic – Konsequent Grenzen setzen **à Fr. 24.90**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(02/25.01.2019)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen – jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 21. Januar 2019	Magazin	Der Fall des «Callgirl-Mörders» Hermann Lei im Gespräch mit Gerichtspräsident Pascal Schmid
Freitag, 1. Februar 2019	Premiere	Valentin Landmann-Talk Lassen Sie sich überraschen
Freitag, 8. Februar 2019	Stammtisch	Die Ausdehnung der Rassismus-Strafnorm Anian Liebrand diskutiert mit Lisa Leisi, Präsidentin EDU St. Gallen; Hans Moser, Präsident EDU Schweiz; Pirmin Müller, Kantonsrat SVP; Lukas Reimann, Nationalrat SVP

Öffentliche Aufzeichnungen/Livesendungen (im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel)

Die nächsten Aufzeichnungen finden ab Mitte Februar statt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

8. Februar 2019

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeber: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00

IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00

Verlagsleitung: Ulrich Schliüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schliüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Karl Eckstein, Christian Eiholzer,
Thomas Fuchs, Patrick Freudiger, Arthur Häny,
Hans Kaufmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Thorsten Polleit, Henrique Schneider, Luzi Stamm

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'955 (1. Sept. 2018)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegefeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-tägig

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Gesteuerte Schüler-Proteste

Über 22'000 Schüler gingen am 18. Januar auf die Strasse, um gegen den Klimawandel zu demonstrieren. Ein Grund zu frohlocken, dass da eine neue Generation verantwortungsvoller Staatsbürger heranwächst? Kennt man die Hintergründe dieser «Klimastreiks», kann leider kein Jubel ausbrechen.

Die während präsenzpflichtiger Schulzeit stattgefundenen Schülerdemos werfen Fragen auf. Wie um alles in der Welt ist es möglich, dass sich auf einmal tausende Schüler für eine politische Aktion landesweit koordinieren – wo doch sonst immer mangelhaftes politisches Wissen an Schulen beklagt wird? Woher kommt auf einmal das Knowhow, professionelle Plakate mit politischem Inhalt zu gestalten und zu drucken? Woher kommen die vielen Tonverstärker, die Megafone, die Mikrofone? Woher stammen die dafür benötigten finanziellen Mittel?

Niemand sollte die «Jugend von heute» unterschätzen, keine Frage. Doch bei allem Respekt: Welcher 16- oder 17-Jährige formuliert von sich aus Sätze, wie sie zum Beispiel kürzlich in «20 Minuten» zu lesen waren? «Wir fordern die Klimaneutralität der Schweiz bis zum Jahr 2030», wird da eine Livia (16) aus Basel zitiert. Oder die Warnung von Miriam (17) aus St. Gallen: «Für jedes Grad Er-

derwärmung steigt die Schneegrenze um 150 Meter.»

Auch wenn einige Schulen bekannt gegeben haben, das unentschuldigte Fernbleiben ihrer «Demo-Schüler» mit Zeugnis-Einträgen zu sanktionieren – richtig eingeschüchtert scheint die grosse Mehrheit der Streikenden nicht zu sein. Wieso auch? Sie können die Schule schwänzen, und im Hintergrund wird für sie ein gutes Wort eingelegt – notabene von denselben, die sie gelehrt haben, wie man effektiv demonstriert und ihnen eine ideologisch gefärbte Klimapolitik eingeflüstert haben.

Die vielen Widersprüche bleiben. Verzichtet etwa einer dieser Wohlfühl-Revolutzer freiwillig auf sein Smartphone, für dessen Rohstoffe in der Dritten Welt Kinder schufteten müssen? Verzichtet auch nur einer auf den gepriesenen Sprachaufenthalt im Ausland, der wohl kaum zu Fuss zu erreichen ist? Der wirkliche Skandal dieser gesteuerten Klimademos ist, dass die Hintermänner (und oft auch -Frauen) – linke Agitatoren in Lehrergestalt – ungestraft die Jugend aufhetzen und fehlleiten können. Und der Steuerzahler finanziert es.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt